

Karsten Rudolph

Zwischenruf: Politischer Aktivismus reloaded

In der Süddeutschen Zeitung gab es eine Diskussion, die mit Kritik an der politischen Rolle öffentlicher Intellektueller begann, dann Pirouetten um das Verhältnis von Politik und wirtschaftswissenschaftlichen Experten drehte, um am Ende komplett am Kern des Problems vorbei zu gehen.

Zunächst hatte Feuilleton-Chef Andri- an Kreye in einem tendenziösen Artikel, in dem Berichterstattung und Meinungsmache stark ineinandergriffen, Thomas Piketty, Jeffrey Sachs, Dani Rodrik, Simon Wren-Lewis und Heiner Flassbeck des politischen Aktivismus geziehen, weil aus einem Artikel von Piketty über die deutsche Austeritätspolitik gegenüber Griechenland in der Zeitschrift *The Nation* ein offener Brief der fünf an die deutsche Kanzlerin geworden war, der von ihr einen außenpolitischen Richtungswechsel forderte. Einen Tag später warf Kreye auf der Meinungsseite der SZ den Wissenschaftlern noch einmal eine Grenzüberschreitung vor, indem sie zu einem »Mittel des politischen Aktivismus« gegriffen und sich damit ihrer wissenschaftlichen Glaubwürdigkeit beraubt hätten.

Anschließend konnte Heiner Flassbeck im Feuilleton der SZ seine Kritik an der Austeritätspolitik noch einmal vortragen und geltend machen, dass Politik die Wirklichkeit nur auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basierend gestalten könne. Im Wirtschaftsteil wünschte sich dann noch der Ressortleiter Ulrich Schäfer einen deutschen Paul Krugman herbei, der wissenschaftliche Erkenntnisse so verständlich und populär vortragen kann wie Hans-Werner Sinn, nur eben aus einer Gegenposition.

Es steht außer Frage, dass sich die deut-

sche Mainstream-Wirtschaftswissenschaft so verengt hat, dass sie, wie die amtliche deutsche Finanz- und Europapolitik, international zusehends isoliert erscheint. Unbestritten hat das Expertenwissen in der öffentlichen Meinungsbildung ein derartiges Gewicht erlangt, dass sich selbst Journalisten inzwischen als Experten ausgeben.

Aber es geht in diesem Streit nicht um die Sache sondern die Form. Und damit um das Monopol von Zeitungen, die nationale öffentliche Meinung zu gestalten. Bislang beteiligten sich Intellektuelle und Wissenschaftler an Protesten, über die die Zeitungen berichteten (oder auch nicht). Doch jetzt wenden sie sich via Internet direkt an die Leser/innen und die politisch Verantwortlichen. Offenbar erleben wir eine Zeitenwende, in der einige unbelangbare Meinungsbildner den politischen Diskurs immer weniger über die traditionellen Medien steuern können. Der Satz von Kreye – »Wissenschaft erforscht die Wirklichkeit, Politik gestaltet sie« – ist ja nicht nur falsch sondern auch unehrlich unvollständig. Denn es fehlt das, um was es ihm offenbar geht, zusammengefasst in einem ergänzenden Hinweis wie: »... nur die Zeitung ist berechtigt, beides zu tun«. Müssen also Wissenschaftler die sich mit geplanten politischen Initiativen nicht mehr der Regie der Massenmedien anvertrauen wollen, mit ihrer gezielten Abwehr rechnen, wenn sie von ihnen schon nicht mehr ignoriert werden können? Jean-Claude Juncker bewies übrigens größeres politisches Gespür, als er auf eine Frage lapidar antwortete, für ihn zähle die wirkliche Lage der einfachen Menschen und weniger die herrschende Expertenmeinung.



Karsten Rudolph

war MdL in NRW, lehrt Neuere und Neueste Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum und ist Beirat der NG/FH.

karsten.rudolph@rub.de